



Diskussionspapiere Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 6

**Auswirkungen des Zuzugs von Aus- und Übersiedlern
auf die Altersstruktur der Bevölkerung
in der Bundesrepublik Deutschland**

von

Erika Schulz

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Diskussionspapier Nr. 6

**Auswirkungen des Zuzugs von Aus- und Übersiedlern
auf die Altersstruktur der Bevölkerung
in der Bundesrepublik Deutschland**

von

Erika | Schulz

Berlin, März 1990

Auswirkungen des Zuzugs von Aus- und Übersiedlern auf die Altersstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Ausgangslage

In den letzten drei Jahren hat sich der Zuzug von Deutschen aus Osteuropa und der DDR merklich erhöht. Im Zeitraum 1987 bis 1989 kamen 660 000 Aussiedler und 400 000 Übersiedler ins Bundesgebiet, das sind gut 800 000 Personen mehr als im vorangegangenen Dreijahresdurchschnitt¹. 70 vH dieser Zuwanderungen entfielen allein auf das Jahr 1989. Auch in den ersten Wochen dieses Jahres hielt der Zuwanderungsstrom unvermindert an.

Die Altersstruktur der Aussiedler und Übersiedler hat sich deutlich zugunsten der jüngeren Personen verschoben. 1988 waren von den Aussiedlern 7 vH 60 Jahre oder älter und 50 vH zwischen 25 und 59 Jahre alt. Von den Übersiedlern waren 1988 32 vH jünger als 25 Jahre. 1989 hat sich der Anteil jüngerer Personen weiter erhöht. Nach Winkler² bildeten die unter 15jährigen mit 22 vH und die zwischen 25 und 40 Jahre alten Personen mit 37 vH die beiden größten Altersgruppen unter den Übersiedlern. Es waren also vornehmlich jüngere Berufstätige mit ihren Kindern, die die DDR im letzten Jahr verlassen haben.

Mit dem Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern stellt sich die Frage nach den Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung im Bundesgebiet. An die Zuwanderung von Deutschen werden insbesondere zwei Erwartungen geknüpft:

¹Als Übersiedler werden Deutsche bezeichnet, die aus der DDR und Berlin (Ost) ins Bundesgebiet ziehen. Aussiedler sind Deutsche (bzw. Personen, die nach § 116 Grundgesetz Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben), die aus Südost- und Osteuropa in die Bundesrepublik kommen.

²Werden wir bald ein Volk von Rentnern? Neues Deutschland vom 30.11.1989.

- Zum einen könnte durch den Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern der Rückgang der deutschen Bevölkerung im Bundesgebiet gebremst bzw. verzögert werden;

- zum anderen könnte durch den Zuzug vorwiegend jüngerer Personen und angesichts der durchschnittlich höheren Geburtenzahlen der Frauen in den Aussiedlungsgebieten und in der DDR der bislang erwartete Trend zur "Überalterung" der Bevölkerung im Bundesgebiet aufgehalten werden. Von einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur zugunsten der Personen im erwerbsfähigen Alter wird insbesondere in bezug auf die Rentenversicherung eine Entlastung erwartet.

Mit Hilfe der Szenariotechnik soll hier überprüft werden, inwieweit diese Effekte quantitativ zu Buche schlagen. Dazu wird die Entwicklung der Einwohnerzahl, getrennt nach Deutschen und Ausländern, unter alternativen Annahmen vorausberechnet.

2. Annahmen über die künftige Entwicklung

Zur Ermittlung der Auswirkungen verstärkter Zuwanderungen von Aussiedlern und Übersiedlern auf das Niveau und die Struktur der Bevölkerung wird für die deutsche Bevölkerung von zwei Szenarien ausgegangen:

Im Szenario I wird angenommen, daß sich der Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern künftig fortsetzt. Es wird erwartet, daß nicht alle Personen des auf 3,5 Mill. geschätzten Aussiedlerpotentials (von denen etwa 2 Mill. in der Sowjetunion leben) ins Bundesgebiet ziehen. Angesichts der angekündigten Reisefreiheit in der Sowjetunion und der veränderten politischen Lage in Osteuropa und hier insbesondere in Rumänien wird in den nächsten Jahren durchschnittlich mit jährlichen Zuwanderungen von 230 000 Aussiedlern gerechnet, dies entspricht etwa dem Niveau von 1988.

In bezug auf die jährlichen Zuzüge der Übersiedler wird angenommen, daß sie bis zum Jahr 1995 eine Größenordnung erreichen, die etwas über dem Niveau der 50er Jahren liegt. Da von einer günstigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR (und in den Aussiedlungsgebieten) ausgegangen wird, verringern sich die Zuwanderungen von der zweiten Hälfte der 90er Jahre an deutlich. Schließt man die Zuzüge von Deutschen aus den anderen Gebieten und die Fortzüge von Deutschen aus dem Bundesgebiet ein, dann ergeben sich folgende jährliche Wanderungssalden (in 1 000)³:

<u>1988</u>	<u>1989</u>	<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>
200	710	750	550	350	250	200	150
<u>1996-2000</u>	<u>2001-2010</u>	<u>2011-2020</u>	<u>2021-2030</u>	<u>2031-2040</u>			
100	50	30	20	0			

In bezug auf das Geburtenverhalten der deutschen Bevölkerung wird unterstellt, daß auch aufgrund der höheren Geburtenzahlen der aus- und übergesiedelten Frauen der bislang zu beobachtende Trend der Verringerung der durchschnittlichen Kinderzahl der Frauen abgeschwächt wird. Bei der hier angewandten geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung werden insbesondere von den 18- bis 25jährigen Frauen mehr Kinder geboren als dies ohne die Zuwanderung von Aussiedlerinnen und Übersiedlerinnen der Fall wäre. Ein Angleichen der Geburtenziffern wird erst für die Frauen des Geburtsjahrgangs 1973 erwartet. Von 1 000 Frauen dieses Geburtsjahrgangs werden 1 315 Kinder geboren.

Der Trend zur Verringerung der Sterblichkeit - und hier insbesondere der Säuglings- und Kindersterblichkeit - wird sich auch künftig fortsetzen. Es wird unterstellt, daß der Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern keinen Einfluß auf die altersspezifischen Sterbeziffern hat.

³Die Annahmen dieses Szenarios sind im Rahmen des Szenarios A ausführlich erläutert in: E. Schulz: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. DIW-Wochenbericht Nr. 8/90, S. 93 ff.

Im Szenario II wird als Alternative unterstellt, daß die grenzüberschreitenden Wanderungen von deutschen Personen sich in einem Ausmaß weiter entwickeln, wie es vor der Aus- und Übersiedlerwelle zu verzeichnen war. Um auch den Einfluß der schon ins Bundesgebiet gekommenen zusätzlichen Aussiedler und Übersiedler auf die künftige Bevölkerungsentwicklung in diesem Szenario auszuschließen, wird auch für die Jahre 1988 und 1989 von Nettozuwanderungen ausgegangen, wie sie im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1986 erreicht wurden. Somit werden folgende Wanderungssalden zugrunde gelegt (in 1 000):

<u>1988-1995</u>	<u>1996-2000</u>	<u>2001-2020</u>	<u>2021-2030</u>	<u>2031-2040</u>
50	40	20	10	0

Im bezug auf das Geburtenverhalten wird in diesem Szenario angenommen, daß sich die Geburtenzahlen künftig etwas rascher verringern als im Szenario I. Von den Frauen, die vor 1973 geboren wurden, werden dann im Durchschnitt etwa 30 Kinder bezogen auf 1 000 Frauen eines Geburtsjahrgangs weniger geboren als im Szenario I.

Die Sterbeziffern entsprechen denen im Szenario I, weil davon ausgegangen wird, daß ein Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern nicht die Sterblichkeit im Bundesgebiet verändert.

Da mit dieser Modellrechnung lediglich der Einfluß verstärkter Zuwanderungen deutscher Personen auf die Entwicklung der Bevölkerung abgeschätzt werden soll, wird für die Entwicklung der im Bundesgebiet lebenden Ausländer in beiden Szenarien von den gleichen Annahmen ausgegangen, und zwar:

- es wird mit einem weiteren Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl der Frauen gerechnet; im Jahr 1987 wurden von 1 000 Frauen 1 913 Kinder geboren; im Jahr 2000 werden es 1 600 Kinder sein.

- die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten des Zeitraumes 1984-86 werden konstant gehalten, wobei jedoch die Sterbeziffern der über 60jährigen denen der Deutschen angeglichen wurden;

- es werden mehr Ausländer zu- als abwandern, die Wanderungssalden betragen (in 1 000 Personen):

<u>1988</u>	<u>1989</u>	<u>1990-1995</u>	<u>1996-2000</u>	<u>2001-2010</u>	<u>2011-2020</u>	<u>2021-2040</u>
290	250	100	50	30	20	10

3. Ergebnisse

Im Szenario I steigt die Zahl der Einwohner im Bundesgebiet bis auf 66 Mill. im Jahr 2000. Sie ist um 3,2 Mill. höher als im Szenario II (Tabelle 1). Dieser Niveaueffekt, der auf die höheren Zuzüge von Aussiedlern und Übersiedlern zurückzuführen ist, verstärkt sich in den darauffolgenden zwanzig Jahren bis auf 3,6 Mill. Der Niveaueffekt verliert bis zum Ende des Betrachtungszeitraumes nur leicht an Bedeutung. Im Jahr 2040 werden im Szenario I 52 Mill. Personen im Bundesgebiet leben; im Szenario II sind es dagegen 49 Mill. Der Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern führt dazu, daß der Rückgang der Zahl der deutschen Einwohner um rund 10 Jahre hinausgeschoben wird.

Von den 66 Mill. Einwohnern im Jahr 2000 sind knapp 7 Mill. Ausländer. Ihre Zahl wird bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraumes ständig auf rund 10 Mill. steigen. Bei diesen Berechnungen sind die Einbürgerungen nicht berücksichtigt. In den letzten Jahren erhielten jährlich rd 40 000 Personen durch Einbürgerungen die deutsche Staatsangehörigkeit. Legt man diese Zahlen auch für den Vorausberechnungszeitraum zugrunde, dann vermindert sich die Zahl der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit entsprechend auf 6,3 Mill im Jahr 2000, 7,3 Mill. im Jahr 2020 und 7,4 Mill. im Jahr 2040.

Tabelle 1

Bevölkerung im Bundesgebiet

Jahres- ende	Deutsche			Ausländer			Insgesamt		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	Mill. Personen								
	Szenario I								
1987	27,0	29,9	56,9	2,4	1,9	4,3	29,4	31,8	61,2
1995	28,5	30,7	59,2	3,2	2,9	6,1	31,7	33,6	65,3
2000	28,5	30,4	58,9	3,5	3,3	6,8	32,0	33,6	65,7
2010	27,5	29,0	56,4	3,9	3,9	7,8	31,4	32,8	64,2
2020	25,6	26,9	52,5	4,1	4,4	8,6	29,8	31,3	61,1
2030	23,3	24,6	47,8	4,3	4,8	9,1	27,6	29,4	56,9
2040	20,4	21,7	42,1	4,4	5,1	9,5	24,8	26,8	51,6
	Szenario II								
1987	27,0	29,9	56,9	2,4	1,9	4,3	29,4	31,8	61,2
1995	27,0	29,3	56,3	3,2	2,9	6,1	30,3	32,1	62,4
2000	26,9	28,8	55,6	3,5	3,3	6,8	30,4	32,0	62,4
2010	25,7	27,2	52,9	3,9	3,9	7,8	29,6	31,1	60,6
2020	23,8	25,2	48,9	4,1	4,4	8,6	27,9	29,6	57,5
2030	21,5	22,8	44,3	4,3	4,8	9,1	25,8	27,7	53,4
2040	18,8	20,2	39,0	4,4	5,1	9,5	23,2	25,3	48,5
	Differenz								
1987	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1995	1,4	1,4	2,9	0,0	0,0	0,0	1,4	1,4	2,9
2000	1,6	1,6	3,2	0,0	0,0	0,0	1,6	1,6	3,2
2010	1,8	1,8	3,6	0,0	0,0	0,0	1,8	1,8	3,6
2020	1,8	1,8	3,6	0,0	0,0	0,0	1,8	1,8	3,6
2030	1,8	1,7	3,5	0,0	0,0	0,0	1,8	1,7	3,5
2040	1,6	1,5	3,1	0,0	0,0	0,0	1,6	1,5	3,1

Quelle: Berechnungen des DIW.

Die Zuwanderung vorwiegend jüngerer Personen und die unterstellten höheren Geburtenziffern bewirken, daß die Niveauunterschiede zwischen dem Szenario I und dem Szenario II bei der Zahl der deutschen Bevölkerung nicht gleichmäßig über die Altersklassen verteilt ist. Von den 3,2 Mill. Personen, die im Szenario I im Jahr 2000 zusätzlich im Bundesgebiet leben, sind 0,8 Mill. unter 20 Jahre und 2 Mill. zwischen 20 und 60 Jahre alt; 0,4 Mill. sind älter als 59 Jahre. Damit werden 7 vH mehr Jugendliche im Jahr 2000 im Bundesgebiet leben als ohne die zusätzlichen Einwanderungen von Aussiedlern und Übersiedlern. Auch für die Zahl der 20- bis unter 60jährigen Personen ergibt sich eine Steigerung von 7 vH, für die Personen über 59 Jahre hingegen nur von 4 vH.

Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur zugunsten der jüngeren Personen ist jedoch gering, wenn man den Anteil der unter 20jährigen Personen an der gesamten deutschen Bevölkerung betrachtet. Im Jahr 2000 liegt der Anteil dieser Personengruppe lediglich um 0,3 Prozentpunkte über dem im Szenario II (Tabelle 2). Und auch dieser geringfügige "Verjüngungseffekt" hält nicht lange an: Im Jahr 2010 beträgt der Unterschied nur noch 0,1 Prozentpunkte, vom Jahr 2020 an ist der Anteil der unter 20jährigen in beiden Szenarien gleich hoch. Auch die Anteilsverschiebung zugunsten der Personen in den mittleren Altersjahren (20- bis unter 60jährige) ist mit 0,4 Prozentpunkte (2000 und 2010) bzw. 0,1 Prozentpunkte (von 2020 an) nicht gravierend.

Die Zahl der unter 20jährigen wird bis zum Jahr 2040 auf 8,5 Mill. (Szenario I) bzw. 8,1 Mill. (Szenario II) zurückgehen. Gegenüber 1987 halbiert sich somit die Zahl dieser Personengruppe in beiden Szenarien. Ähnlich sieht die Entwicklung bei den Personen in den mittleren Altersjahren aus. Die Zahl der 20- bis unter 60jährigen geht auf 24,7 Mill. (Szenario I) bzw. 23,3 (Szenario II) zurück. Erhöhen wird sich dagegen die Zahl der älteren Personen (60 Jahre und älter) auf 18,4 Mill. (Szenario I) bzw. 17,2 Mill. (Szenario II).

Tabelle 2

Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für ausgewählte Altersgruppen

Altersgruppen	Deutsche											Ausländer					
	1987	Szenario I					Szenario II					1987	Szenario I und II				
		2000	2010	2020	2030	2040	2000	2010	2020	2030	2040		2000	2010	2020	2030	2040
0 bis unter 3	1,6	1,6	1,1	1,2	1,0	0,8	1,5	1,1	1,1	0,9	0,7	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Elementarbereich							Mill. Personen										
3 bis unter 6	1,6	1,8	1,2	1,2	1,1	0,8	1,7	1,1	1,1	1,0	0,7	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Primärbereich																	
6 bis unter 10	2,1	2,5	1,8	1,5	1,5	1,2	2,4	1,7	1,4	1,4	1,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Sekundarbereich I																	
10 bis unter 16	3,3	3,6	3,4	2,4	2,3	2,1	3,4	3,2	2,2	2,2	1,9	0,4	0,4	0,7	0,6	0,6	0,7
Sekundarbereich II																	
16 bis unter 19	2,4	1,8	1,9	1,4	1,1	1,1	1,6	1,8	1,3	1,1	1,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Tertiärer Bereich																	
19 bis unter 26	6,8	3,9	4,3	3,9	2,8	2,7	3,6	4,0	3,7	2,5	2,5	0,6	0,7	0,7	0,9	0,8	0,9
unter 20	12,0	11,9	10,2	8,1	7,5	6,3	11,1	9,5	7,5	6,9	5,9	1,4	1,7	2,0	2,1	2,2	2,2
20 bis unter 60	32,5	32,2	30,4	27,7	21,9	19,6	30,2	28,3	25,7	20,2	18,2	2,8	4,6	4,7	5,2	5,1	5,1
60 und älter	12,5	14,8	15,9	16,8	18,5	16,2	14,3	15,1	15,8	17,2	15,0	0,2	0,6	1,0	1,3	1,8	2,2
80 und älter	2,1	2,2	2,9	3,5	3,2	3,6	2,1	2,8	3,4	3,0	3,3	0,0	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3
Insgesamt	56,9	58,9	56,4	52,5	47,8	42,1	55,6	52,9	48,9	44,3	39,0	4,3	6,8	7,8	8,6	9,1	9,5
							Struktur in vH										
0 bis unter 3	2,8	2,7	2,0	2,2	2,1	1,8	2,7	2,0	2,2	2,1	1,8	4,2	4,7	3,6	3,8	3,6	3,4
Elementarbereich																	
3 bis unter 6	2,8	3,0	2,1	2,2	2,3	1,9	3,0	2,1	2,2	2,3	1,9	4,6	4,7	3,7	3,6	3,7	3,4
Primärbereich																	
6 bis unter 10	3,6	4,3	3,3	2,9	3,2	2,8	4,2	3,2	2,9	3,2	2,8	6,2	5,5	5,4	4,6	4,9	4,6
Sekundarbereich I																	
10 bis unter 16	5,8	6,2	6,1	4,5	4,9	4,9	6,1	6,0	4,5	4,9	4,9	10,2	5,8	8,5	6,9	7,0	7,1
Sekundarbereich II																	
16 bis unter 19	4,3	3,0	3,4	2,6	2,4	2,7	2,9	3,4	2,6	2,4	2,7	5,1	2,7	3,8	3,8	3,3	3,6
Tertiärer Bereich																	
19 bis unter 26	12,0	6,6	7,6	7,5	5,8	6,4	6,5	7,5	7,5	5,7	6,4	12,9	10,4	8,6	10,9	9,0	9,2
unter 20	21,0	20,2	18,0	15,3	15,6	15,0	19,9	17,9	15,3	15,6	15,1	31,9	24,5	26,3	24,0	23,7	23,5
20 bis unter 60	57,0	54,7	53,9	52,6	45,8	46,5	54,3	53,5	52,5	45,7	46,5	64,1	67,3	60,4	60,7	56,1	53,7
60 und älter	22,0	25,1	28,1	32,0	38,6	38,4	25,8	28,6	32,3	38,8	38,3	4,0	8,2	13,3	15,3	20,2	22,8
80 und älter	3,7	3,7	5,2	6,6	6,7	8,6	3,8	5,4	6,9	6,8	8,6	0,4	0,2	0,7	2,0	3,1	3,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des DIW.

Die im Erwerbsleben stehende Bevölkerung hat sowohl für den Unterhalt der noch nicht erwerbstätigen Kinder und Jugendlichen als auch für die Altersversorgung der nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung aufzukommen. Als Indikatoren für die Belastung dieser "aktiven" Bevölkerung werden oftmals der Jugend- und der Altenquotient herangezogen, bei denen die unter 20jährigen bzw. die 60 Jahre und älteren Personen in Beziehung gesetzt werden zur Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren. Der Jugendquotient wird im Szenario I bis zum Jahr 2020 um 7 Prozentpunkte zurückgehen, bis zum Jahr 2040 aber wieder leicht steigen (Tabelle 3). Die Zuwanderungen von Aussiedlern und Übersiedlern beeinflussen die Höhe und Entwicklung dieses Quotienten kaum. Der Altenquotient wird sich hingegen in beiden Szenarien etwas mehr als verdoppeln. Auch hier sind die Entlastungswirkungen der Zuwanderung vornehmlich jüngerer Personen kaum merklich. Bis zum Jahre 2010 ist der Altenquotient im Szenario I um einen Prozentpunkt geringer als im Szenario II, danach sind die Quotienten gleich hoch. Langfristig betrachtet bringt der Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern nach diesen Berechnungen keine Entlastung der aktiven Bevölkerung mit sich.

Solche Lastquotienten können jedoch nur einen groben Überblick über die Entwicklung der Belastung der Erwerbspersonen geben. Die Zahl der im Erwerbsleben stehenden Personen hängt nicht nur von der Zahl der 20- bis unter 60jährigen, sondern auch vom Erwerbsverhalten ab, das von der ständig steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen geprägt wird. Diese Entwicklung hat sich bisher weitgehend unabhängig von der Höhe der Arbeitslosigkeit und der konjunkturellen Lage vollzogen. Hinzu kommt, daß ein Teil der Personen schon vor dem 60. Lebensjahr eine Rente bezieht.

Nach dem Mikrozensus 1987 waren auch eigenen Angaben 85 vH der Männer im Alter von 20 bis unter 60 Jahren erwerbstätig bzw. ungewollt erwerbslos, von den Frauen waren es 61 vH. Während die Erwerbsbeteiligung der Männer von 1970 bis 1987 um 10 Prozentpunkte zurückging, ist die der Frauen um 12 Prozentpunkte gestiegen.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der DDR ist weit höher als die der Frauen im Bundesgebiet. Auch bei den Aussiedlerinnen liegt die Erwerbsbeteiligung etwas über der im Bundesdurchschnitt. Unterstellt man, daß sich das Erwerbsverhalten der aus- und übergesiedelten Frauen nicht gravierend ändert, dann wird sich allein schon deshalb die Erwerbsquote der Frauen im Bundesgebiet künftig weiter erhöhen. Die Auswirkungen einer steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen werden hier beispielhaft einbezogen, indem unterstellt wird, daß bis zum Jahr 2000 die Erwerbsquote der Frauen im Szenario I auf 75 vH und im Szenario II auf 70 vH steigt. Die Erwerbsbeteiligung der Männer wird in beiden Szenarien konstant gehalten.

Im Szenario I würden nach diesen Annahmen 29,4 Mill. Personen der Altersgruppe 20 bis unter 60 Jahren zu den Erwerbspersonen gehören; im Szenario II 27 Mill. Die höheren Zuwanderungen und die stärkere Erwerbsbeteiligung führen somit zu einer um 2,4 Mill. höheren Zahl der Erwerbspersonen. Im Szenario I würde die Zahl der Erwerbspersonen erst nach dem Jahr 2020 unter das Niveau von 1987 sinken, im Szenario II bereits vom Jahr 2010 an. Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen kann den Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen langfristig nicht aufhalten. Im Jahr 2040 wäre die Zahl der Erwerbspersonen im Szenario I um 6 Mill., im Szenario II sogar um knapp 8 Mill. geringer als 1987.

Die Relation von Rentenbeziehern zu Erwerbspersonen wird sich künftig auch durch die Heraufsetzung der Altersgrenze für den Bezug des Altersruhegeldes verändern. Nach dem Rentenreformgesetz 1992 soll vom Jahr 2000 an die Altersgrenze für den normalen Ruhestandsbeginn stufenweise heraufgesetzt werden. Vom Jahr 2018 an werden Frauen erst mit 65 Jahren (ohne Kürzung der Rente) in den Ruhestand gehen können. Für Männer gilt dies wegen der schon jetzt höheren Altersgrenze bereits vom Jahr 2009 an.

Nach dem Mikrozensus 1987 waren 34 vH der Männer im Alter von 60 bis unter 65 Jahren erwerbstätig; 6 vH davon bezogen gleichzeitig eine Rente.

Von den Frauen dieser Altersgruppe waren 11 vH erwerbstätig und 9 vH bezogen gleichzeitig eine Rente (Tabelle 4). Die relativ geringe Erwerbsbeteiligung der Männer ist zum größten Teil auf die in diesem Alter recht häufige Erwerbsunfähigkeit zurückzuführen.

Auch bei einer Heraufsetzung der Altersgrenze werden somit nicht alle 60- bis unter 65jährigen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Unterstellt man beispielsweise, daß sich die Erwerbsbeteiligung der Männer in dieser Altersklasse vom Jahr 2010 an auf 50 vH und die der Frauen vom Jahr 2015 an auf 35 vH erhöht, dann beträgt die Zahl der 60- bis unter 65jährigen Erwerbspersonen im Jahr 2020 in beiden Szenarien 1,9 Mill. Dies sind 0,8 Mill. Personen mehr als bei der gegenwärtigen Erwerbsbeteiligung.

Die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen und die Heraufsetzung der Altersgrenze für den normalen Ruhestandsbeginn würden zusammen im Jahr 2020 zu einer um 3 Mill. höheren Zahl von Erwerbspersonen führen. Anschließend kann jedoch der demographisch bedingte Rückgang der Erwerbspersonenzahl nicht durch die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung aufgehalten werden. Gegenüber 1987 wäre auch hier mit einer Verringerung um rund 5 Mill. bis zum Jahr 2040 zu rechnen.

Nach dem Mikrozensus 1987 bezog ein beachtlicher Teil der Personen schon vor dem normalen Ruhestandsbeginn eine Rente: von den 55- bis unter 60-jährigen über 19 vH der Männer und knapp 17 vH der Frauen, von den 60- bis unter 65jährigen 65 vH der Männer (und 52 vH der Frauen). Auch bei einer Heraufsetzung der Altersgrenze und einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage wird der Bezug einer Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit nicht drastisch zurückgehen. Hinzu kommt, daß die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Längsschnittbetrachtung zu einer Erhöhung der Rentenansprüche führen wird. Hier wird vereinfachend unterstellt, daß vom Jahr 2010 an - 15 vH der Männer und 10 vH der Frauen im Alter von 55 bis unter 60 Jahre,

Tabelle 4

Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen
Ergebnisse des Mikrozensus 1987

Alter von ... bis unter ... Jahren	in vH											
	Erwerbspersonen						Nichterwerbspersonen					
	Männer			Frauen			Männer			Frauen		
	Erwerbs- quote 1)	überwiegender Unterhalt		Erwerbs- quote 1)	überwiegender Unterhalt		Nichter- werbsquote4)	überwiegender Unterhalt		Nichter- werbsquote4)	überwiegender Unterhalt	
		Rente 2)	Angehörige3)		Rente 2)	Angehörige3)		Rente 5)	Angehörige6)		Rente 5)	Angehörige6)
0 - 15	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	3,1	96,9	100,0	2,9	97,1
15 - 20	45,2	1,5	29,9	39,6	2,1	31,5	54,8	2,0	52,8	60,4	2,3	58,1
20 - 25	81,5	1,3	5,5	75,0	2,2	8,7	18,5	3,6	14,9	25,0	4,0	21,0
25 - 35	91,3	1,6	1,7	64,8	2,4	10,3	8,7	2,8	5,8	35,2	3,1	32,1
35 - 45	97,5	1,3	0,7	62,8	1,7	13,4	2,5	1,8	0,7	37,2	2,5	34,7
45 - 55	94,9	1,2	0,5	55,5	2,1	12,5	5,1	4,6	0,5	44,5	5,5	39,1
55 - 60	79,9	2,3	0,5	40,3	2,1	10,7	20,1	19,3	0,9	59,7	16,8	42,9
60 - 65	34,3	6,1	0,0	11,4	9,2	8,7	65,7	64,3	1,5	88,6	51,7	36,9
65 u.ä.	5,0	42,9	0,0	2,0	38,6	9,4	95,0	93,7	1,3	98,0	81,0	17,0
1) Erwerbspersonen bezogen auf die jeweilige Bevölkerung in den Altersgruppen. 2) Personen mit überwiegendem Unterhalt aus Rentenzahlungen an den jeweiligen Erwerbspersonen in den Altersgruppen. 3) Personen mit überwiegendem Unterhalt durch Angehörige an den jeweiligen Erwerbspersonen in den Altersgruppen. 4) Nichterwerbspersonen bezogen auf die jeweilige Bevölkerung in den Altersgruppen. 5) Personen mit überwiegendem Unterhalt aus Rentenzahlungen an der jeweiligen Bevölkerung in den Altersgruppen. 6) Personen mit überwiegendem Unterhalt durch Angehörige an der jeweiligen Bevölkerung in den Altersgruppen. Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.												

- 50 vH der Männer im Alter von 60 bis unter 65 Jahren und 95 vH der Männer im Alter von 65 Jahren und darüber
- und vom Jahr 2015 an im Szenario I 50 vH der Frauen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren und 90 vH der Frauen im Alter von 65 Jahren und darüber
- und im Szenario II 45 vH der Frauen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren und 87 vH der Frauen im Alter von 65 Jahren und älter eine Rente beziehen.

Die Zahl der Rentner würde dann beim Szenario I im Jahr 2020 15 Mill. betragen und bis zum Jahr 2030 auf rund 17 Mill. steigen (Tabelle 5). Der Rentnerquotient (Rentner bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen) würde sich von 0,5 (2020) auf 0,7 (2030) erhöhen und bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraumes nur leicht steigen. Im Szenario II ist die Zahl der Rentner um jeweils rund 1 Mill. geringer, da aber auch die Zahl der Erwerbspersonen niedriger ist, liegt der Rentnerquotient im Jahr 2030 auch hier bei 0,7.

Die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen und die Heraufsetzung der Altersgrenze für den normalen Ruhestandsbeginn verringert in diesem Beispiel den Rentnerquotient um acht Prozentpunkte für beide Szenarien im Jahre 2030. In den öffentlichen Diskussionen wurde bislang häufig damit gerechnet, daß um das Jahr 2030 herum ein Erwerbstätiger für einen Rentenbezieher aufkommen muß. Zu einer solchen Relation von eins zu eins wird es in diesem Beispiel nicht kommen. Damit wären die Einkommensanteile, die die erwerbsfähige Bevölkerung für die Versorgung der nicht mehr Erwerbsfähigen aufbringen muß, geringer, als dies in der sozialpolitischen Diskussion häufig angenommen wird. Dennoch gibt dieses Beispiel nur einen groben Überblick über die möglichen Entlastungswirkungen. Detaillierte Analysen der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Frauen - insbesondere im Hinblick auf den erwarteten Zuzug von Aussiedlerinnen und Übersiedlerinnen - sowie der Auswirkungen einer Heraufsetzung der Altersgrenze für den Bezug des Altersruhegeldes werden zur Zeit durchgeführt.

